

## **Wird der Geschichtsunterricht an den Schulen Brandenburgs Geschichte?**

### *Kritischer Blick auf die Stellungnahmen von vier Parteien zu den Wahlprüfungssteinen vor den Landtagswahlen*

Aus der Sicht des VGD-Landesverbandes ist das Wahrwerden dieser Feststellung für den Geschichtsunterricht in der Grundschule und in der Sekundarstufe mehr denn je zu befürchten, wenn man sich die Antwortschreiben von vier der angefragten sieben Parteien genauer ansieht (Alle Stellungnahmen können auf der Homepage des Landesverbandes nachgelesen werden). Der Landesverband hatte sich im Frühsommer mit fünf Fragen in dem Schreiben *Wahlprüfungssteine zur historischen Bildung an Brandenburgischen Schulen zur Landtagswahl 2024* an die zahlenmäßig größten Parteien gewandt und erhielt von der SPD und CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke Stellungnahmen. Im Unterschied zu der Partei Die Linke enthalten die übrigen Antworten unisono fast gleichlautende Standpunkte, die darin bestehen, dass die historische Bildung/der Geschichtsunterricht nur unter die Demokratiebildung subsumiert werden kann. Es sind Positionen, die sich auffällig dem politischen, weniger sich dem fachwissenschaftlichen Mainstream zuzuordnen lassen. Somit haben wir es wieder mit einem Déjà-vu-„Politikerlebnis“ zu tun, denn vor jeder Landtagswahl in den letzten beiden Jahrzehnten sind uns ähnliche im Kern unverändert gebliebene politische Auffassungen zur Schulbildung im Allgemeinen und zum Fachunterricht Geschichte im Besonderen präsentiert worden. Folgende Parteien FDP, BVW/Freie Wähler und AfD reagierten nicht auf unser Schreiben.

Auffällig ist in allen Antwortschreiben, dass unser Fachverband zunächst über die Bedeutung der Demokratiebildung an den Schulen, über didaktische und methodische Herangehensweisen sehr redundant und mit überflüssigen Floskeln und behrenden Thesen oder Auffassungen „aufgeklärt“ wird. Mit diesen prononciert politisch angelegten Argumenten zu den fünf Fragen umgehen die Parteien mit Ausnahme der Partei Die Linke sehr auffällig die angestauten Probleme der nun festgefahrenen Bildungs- bzw. Geschichtspolitik in Brandenburg. Des Weiteren wird sichtbar, dass die Verfasser der Meinung sind, dem Fachverband (wiederholend) „Ratschläge“ zu erteilen, wie präventiv an den Schulen gegen Rechtsextremismus und Rassismus vorzugehen sei. Dass das Fach Geschichte allerdings einen unverzichtbaren konstituierenden Wissensbeitrag dafür leisten kann und dass die zunehmende Verdrängung des Faches aus dem Kanon seit mehr als dreißig Jahren in Brandenburg einen Verlust an demokratiebildenden Kompetenzen sowie Geschichtswissen bedeutet, wird mit Ausnahme der Partei Die Linke nicht bemerkt und thematisiert. Das einzige konstruktive Angebot aller vorgelegten Stellungnahmen, mit dem Fachverband die grundsätzliche Zuordnung des Geschichtsunterrichts in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern zu besprechen, um dessen Stellenwert im Bildungskanon zu stärken, bekamen wir mit dem Vorschlag dieser Partei. Sie will „Schule und Unterricht neu zu denken“, die „Bildungsqualität“ entwickeln und sichern und schlägt

deshalb vor, einen „Bildungsrat“ zu etablieren. Dieser Vorschlag kommt unserem Anliegen, als Landesverband, mehr Partizipationsmöglichkeiten mit unseren Fachexpertisen im Reformprozess zu bekommen und die Bedeutung sowie den Wert des Unterrichtsfaches für das Geschichts- und Demokratiebewusstsein wieder in das Zentrum gesellschaftswissenschaftlicher Bildung zu rücken, sehr entgegen.

Die Behauptung von Bündnis 90/Die Grünen, dass der Fachverband hiermit einen Konflikt zum oben genannten Anliegen von 2015 wieder aufgegriffen habe und dass Geschichte nur im „Verbundfach Gesellschaftswissenschaften“ anstelle eines „starr vorgegebenen historischen Wissenskatalog“ tragfähig wäre, bestätigt die Tatsache, dass das Fach nicht von seinem grundsätzlichen Anliegen einer eigenständigen fachwissenschaftlich begründeten Wissensvermittlung (wie es anderen Unterrichtsfächern uneingeschränkt zugestanden wird) betrachtet wird. Realitätsfremd wird in dem Papier dieser Partei von den eigentlichen Tatsachen vor Ort abgelenkt; es wird den Schulen die Verantwortung übertragen, die „gute und personelle Rahmenbedingungen für solche fächerübergreifende Lernansätze“ zu schaffen, was sich mittlerweile als sehr grotesk darstellt. Ignoriert wird (bewusst?) in dieser Stellungnahme der von uns immer wieder hervorgehobene Befund, dass sich angesichts der ausgedünnten Stundentafel für das Fach Geschichte (in Klasse 9 nur eine Wochenstunde!) und der fehlenden Fachlehrkräfte ein für alle Schülerinnen und Schüler wissenschaftlich-didaktisch gesicherter Unterricht nicht gewährleisten lässt. Es gibt dafür noch immer nicht die Rahmenbedingungen! Seit eineinhalb Jahrzehnten kämpfen die Schulen mit Missständen in der personellen und finanziellen Ausstattung, die von den Landesregierungen in den letzten Legislaturperioden nicht mit dem notwendigen Ernst behoben wurden. In keiner der Stellungnahmen wird auf die Fehlentwicklungen kritisch oder gar selbstkritisch eingegangen. Wann wird endlich über die Analysen des Fachverbandes in der Bildungsadministration nachgedacht, dass in Brandenburg eine erbliche Anzahl der Schulabgänger mit „0“-Ahnung an Geschichtswissen und folglich mit geringem Geschichts- und Demokratiebewusstsein ihre Bildungsorte verlassen?

Mit diesen Stellungnahmen machen alle Parteien mit Ausnahme der Partei Die Linke insgesamt deutlich, dass am Status quo einer dringend reformbedürftigen Bildungspolitik nicht gerüttelt wird sowie der Bildungskanon und die Stundentafel „Gesellschaftswissenschaften“ nicht zur Disposition gestellt werden. Ihre Argumente dienen vor allem der Bildungsadministration, die sich auf solche Positionen zurückzieht, die Schulpraxis schönredet und nicht gewillt ist, mehr für einen ausreichenden Fachunterricht Geschichte für unsere Schülerinnen und Schülern zu investieren.

In den einzelnen Zusammenfassungen zu den fünf Fragen der *Wahlprüfungssteinen* konzentriert sich der Verfasser auf wesentliche Aussagen:

**Frage 1** *Welchen Stellenwert hat die Bildungspolitik Brandenburgs, in der Reformen unumgänglich geworden sind, in Ihrem Wahlprogramm und welche Bedeutung messen Sie der Stärkung der historischen Bildung bei? Wie sehen Sie die Rolle der historischen Bildung innerhalb der schulischen Entwicklungen im 21. Jahrhundert?*

Alle Parteien geben der Bildung einen hohen Stellenwert: (CDU: „zentrales Politik- aber auch Zukunftsfeld“; Die LINKE: „höchste Priorität“; Bündnis 90/Die Grünen: „sehr hohen Stellenwert, insbesondere auch die historische Bildung“; SPD: „Bildungspolitik hat traditionell eine herausragende Stellung.“).

Zur zweiten Teilfrage gibt es unterschiedliche Auffassungen zum Thema Stärkung der historischen Bildung im 21. Jahrhundert. Nur bei zwei Parteien (CDU, Die Linke) finden wir explizit Aussagen hierzu, sonst wird ausgewichen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen). Die CDU betont die besondere Bedeutung der historischen Bildung; Geschichte habe eine „herausgehobene Funktion“, allerdings muss das Fach „fächerübergreifend vermittelt werden. Die Partei Die Linke hebt hervor: Geschichte „messen wir einen erheblichen Beitrag“ zur Stärkung der historisch-politischen Bildung bei. Die beiden Parteien CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind der Auffassung, dass historische und politische Bildung „eine Querschnittsaufgabe für alle Akteur\*innen im System Schule“ sei.

**Frage 2** *Welche Themen sowie Kompetenzen der historischen Bildung erachten Sie für das 21. Jahrhundert als relevant in den Schulen? Welche notwendigen Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Fach Geschichte würden Sie ergreifen?*

Während in den Schreiben der CDU und der Partei Die Linke der inhaltliche Ansatz für das historische Grundwissen unserer Schülerinnen und Schüler breit angelegt ist (von der Regionalgeschichte bis zur Weltgeschichte), favorisiere Bündnis 90/Die Grünen fast ausschließlich Themen aktueller Entwicklungen bzw. die deutsche Diktaturgeschichte sowie neuerdings die koloniale Vergangenheit; das seien Themen „von besonderer Relevanz“ und sollten in einer „Verknüpfung von Politische Bildung, Geschichte und Geografie“ in einem so genannten Verbundfach „Gesellschaftswissenschaften“ ab der Jahrgangsstufe 7 unterrichtet werden, was aus ihrer „Sicht auch Sinn“ mache. Die SPD engt die historische Bildung auf die Demokratiebildung ein, indem sie das Fach Geschichte der „guten politischen Bildung“ zuordnet, denn diese „benötigen (wir) für eine starke, lebendige und wehrhafte Demokratie“. Für diese Partei ist zwar eine Vermittlung historischen Wissens an den Schulen vorgesehen, aber über den Umfang der Themen und der Schwerpunkte für die einzelnen Jahrgangsstufen erfahren wir nichts. Die Vermittlung „demokratiebildender Kompetenzen“ soll künftig nur in der Verflechtung mit anderen Fächern der Gesellschaftswissenschaften sowie „fächerübergreifend“ erfolgen.

**Frage 3** *Wie stehen Sie zu der Forderung des VGD, endlich wieder zwei Wochenstunden für das Fach Geschichte in allen Jahrgangsstufen 5 bis 10, aber nicht in Konkurrenz zu den Fächern PB und Geografie, verbindlich in der Stundentafel aller Schulen zu verankern? Wie schon in Frage 2 von den Parteien resümiert, positioniert sich, wie zu erwarten war,*

keine Partei für eine Erweiterung der Wochenstundenzahl in der Stundentafel für Geschichte, da es „zu Lasten anderer Fächer“ geht (SPD); das sieht das Bündnis 90/Die Grünen gleichfalls dann „skeptisch“. Die „Kapazitäten der Kontingentstundentafel ... sind ausgereizt“ (CDU), dagegen sieht sie eine (weitere) „potenzielle Kürzung ... kritisch“. Die Partei Die Linke zieht sich darauf zurück, dass sie „die Forderung nach Stärkung der historisch-politischen Bildung im brandenburgischen Schulsystem“ unterstützen würde.

**Frage 4** *Das Curriculum des Faches Geschichte empfiehlt Besuche außerschulischer Lernorte, zu denen auch Gedenkstätten und Museen gehören, die sich mit dem Problem des Nationalsozialismus explizit auseinandersetzen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Besuch außerschulischer Lernorte organisatorisch und finanziell dauerhaft abzusichern? Wie stehen Sie zu einem Pflichtbesuch der Schüler\*innen an den entsprechenden Gedenkorten?*

Im Unterschied zur Partei Die Linke, die „die Forderung nach Pflichtbesuchen von Gedenkstätten und -orten des Nationalsozialismus“ unterstützt, lehnen die anderen Parteien die „verpflichtende Besuche“ ab. Die Linke tritt ein für ein „auskömmlich ausgestattetes Förderprogramm“; die CDU will Lernortbesuche durch „die Sicherung des Schulbudgets“ erreichen; die SPD sieht eine Landesförderung dafür vor; die Partei Bündnis 90/Die Grünen tritt dafür ein, „die Ermöglichung mindestens eines Besuches eines Erinnerungsortes“ in jeder Doppeljahrstufe 7/8 und 9/10 zu sichern.

**Frage 5** *Die jüngsten Vorfälle rechtsextremistischen Verhaltens an den brandenburgischen Schulen machen deutlich, dass die Lehrkräfte den Beutelsbacher Konsens emanzipatorisch auslegen müssen und nicht in eine gefährliche Neutralität abdriften dürfen. Wie stehen Sie zu dieser Auffassung, die auch essenziell für den Geschichtsunterricht gültig ist?*

Alle Parteien mahnen in diesem Zusammenhang eine proaktive Auseinandersetzung aller im Bildungssystem tätigen Pädagogen auf der Grundlage des Grundgesetzes an. Keiner sollte „in eine Scheinneutralität abdriften“ (SPD) und „ohne Angst vor schulrechtliche Konsequenzen“ Vorfälle melden können (Bündnis 90/Die Grünen) sowie sich auf der Grundlage der im Grundgesetz verankerten Werteordnung mit den rechtsextremistischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Demokratiebildung und Gewaltprävention - bereits Bestandteile des RLP (CDU) - erachten alle Parteien als grundsätzlich probate Formen, dem Anwachsen eines geschichtslosen, antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Massenbewusstseins zu begegnen.

## **Resümee**

In den Stellungnahmen der Regierungsparteien finden sich keine Anzeichen für Veränderungen und Fortschritte hinsichtlich der Qualifizierung und Quantifizierung von historischer Bildung für alle Schülerinnen und Schüler an den Schulen Brandenburgs, obwohl die Bedeutung des Geschichtsunterrichts wortreich betont wird. Ihre Positionen zur Bildungspolitik insgesamt geben eine Anzahl sich wiederholender und voluntativ gedachter Auffassungen wieder, mit denen der gegenwärtigen Schulmisere in der personellen und finanziellen Ausstattung sowie in der inhaltlichen Schieflage der

gesellschaftswissenschaftlichen Fächern nicht beizukommen ist. Die Darlegungen der regierenden Parteien demonstrieren eine gewisse Selbstzufriedenheit und werden wie schon in der Vergangenheit das hier vorgetragene Anliegen des VGD kein Stück weiterbringen. Der Verband der Geschichtslehrer und Geschichtslehrerinnen Deutschlands fordert dringend ein Umdenken bei den politischen Verantwortlichen, um den Mehrwert von Geschichtswissen für die Demokratie- und Allgemeinbildung durch einen eigenständigen ausreichenden Fachunterricht mit den dafür erforderlichen ausgebildeten Lehrkräften und notwendigen Ressourcen zu steigern. Dieser Bildungsbereich verkraftet keinen weiteren Rückzug an fachlicher Vermittlung von Geschichte.

Dr. Günter Kolende

